

PLANUNGSVERBAND REGION INGOLSTADT

REGION 10

Planungsausschusssitzung am 29. September 2017

TOP 4: Fortschreibung des Regionalplanes Augsburg (9)
Teilfachkapitel B IV „Nutzung der Windenergie“

Anlage: Festlegungen (Ziele und Grundsätze)
Begründung
Karte zu B IV 2.4.2 „Nutzung der Windenergie“
Änderungsbegründung
Erläuternde Arbeitskarte zu B IV 2.4.2 „Nutzung der Windenergie“

Sachvortrag:

Der Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Augsburg hat in seiner Sitzung vom 02. März 2017 die Einleitung des Beteiligungsverfahrens für die 1. Änderung des Regionalplanes Augsburg mit der Fortschreibung des Teilfachkapitels B IV 2.4.2 "Nutzung der Windenergie" beschlossen.

Im Wesentlichen sollen (mit veränderter Nummerierung) zwei bestehende Vorranggebiete für Windenergienutzung (VRW 1, VRW 2) sowie vier Vorbehaltsgebiete für Windenergienutzung (VBW 102, VBW 103, VBW 107, VBW 108) beibehalten werden, drei Vorranggebiete für Windenergienutzung (VRW 3, VRW 4, VRW 5) sowie zwei Vorbehaltsgebiete für Windenergienutzung (VBW 105, VBW 106) neu aufgenommen werden, zwei bisherige Vorranggebiete Windkraft sollen zu Vorbehaltsgebieten abgestuft werden (VRW 101, VBW 104). Die restlichen Gebietsfestlegungen sollen entfallen. Zudem soll die Darstellung von Ausschlussgebieten für Windenergienutzung nur noch im Nordwesten der Region im Bereich des Nördlinger Ries erfolgen.

Die zur Ausweisung vorgesehenen Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete für Windenergienutzung liegen fast durchgehend in Gemeinden, die nicht an die Planungsregion Ingolstadt angrenzen. Nur ein Vorbehaltsgebiet (VBW 106) liegt randlich in der Gemeinde Marxheim, das an die Gemeinde Rennertshofen angrenzt, allerdings an der von der Planungsregion Ingolstadt abgewandten Gemeindegrenze. Durch die geplante Ausweisung von Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebieten für Windenergienutzung in der Planungsregion Augsburg sind daher keine relevanten Auswirkungen auf die Belange der Planungsregion Ingolstadt zu erwarten.

Als grundlegende für die Planungsregion Ingolstadt relevante Änderung ist die geplante veränderte Darstellung von Ausschlussgebiet für Windkraftnutzung zu nennen.

Lediglich im Bereich des Nördlinger Ries soll aufgrund dessen in vielerlei Hinsicht bestehender Einzigartigkeit eine Windkraftnutzung generell ausgeschlossen werden. Im restlichen Regionsgebiet soll aufgrund der mittlerweile bestehenden „10-H-Regelung“ die Steuerung der Windkraft über die kommunale Bauleitplanung erfolgen. Diese veränderte Situation betrifft grundsätzlich die an die Region Augsburg angrenzenden Gemeinden Mörnsheim, Rennertshofen, Burgheim, Ehekirchen, Königsmoos und Gachenbach sowie die Stadt Schrobenhausen. Inwieweit sich daraus in der Folge Auswirkungen auf die Belange der Planungsregion Ingolstadt ergeben, kann erst bei etwaigem Vorliegen eines konkreten Planvorhabens bewertet werden.

Aus der aktuell vorgesehenen Änderung des Regionalplanes sind solche Auswirkungen nicht direkt abzuleiten.

Beschlussvorschlag

Gegen die geplante Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Windenergienutzung im Regionalplan Augsburg werden seitens des Planungsverbandes Region Ingolstadt keine Einwände erhoben.

Die vorliegende Zurücknahme von Ausschlussgebiet für Windenergienutzung im Regionalplan Augsburg sowie die Änderungen der textlichen Festlegungen werden aus der Sicht der Planungsregion Ingolstadt zur Kenntnis genommen.

Ingolstadt, 04.09.2017
PLANUNGSVERBAND
Region Ingolstadt


Franz Katzer

Region Augsburg (9)

Regionalplan der Region Augsburg (9)

Erste Änderung

Teilfachkapitel B IV 2.4.2 „Nutzung der Windenergie“

Festlegungen (Ziele und Grundsätze der Raumordnung)

Bearbeitung:

Regionsbeauftragte für die Region Augsburg (9) bei der Regierung von Schwaben
Fronhof 10
86152 Augsburg

Festlegungen (Ziele und Grundsätze)

~~2.4.2 Nutzung der Windenergie~~

~~2.4.2.1 (Z) Für die Errichtung überörtlich raumbedeutsamer Windenergieanlagen werden folgende Vorranggebiete für Windenergienutzung festgelegt:~~

~~Landkreis Dillingen a. d. Donau:~~

~~Nr. 1, Gemeinde Syrgenstein, nordwestlich von Staufeu, für maximal 5 raumbedeutsame Windenergieanlagen, mit einer maximalen Nabenhöhe von 120 m.~~

~~Nr. 2, Gemeinde Zöschingen, nordwestlich von Zöschingen, für maximal 10 raumbedeutsame Windenergieanlagen, mit einer maximalen Nabenhöhe von 120 m.~~

~~Nr. 3, Gemeinde Zöschingen, nordöstlich von Zöschingen, für raumbedeutsame Windenergieanlagen mit einer maximalen Nabenhöhe von 120 m.~~

~~Nr. 4, Gemeinde Ziertheim, südöstlich von Ziertheim~~

~~Nr. 5, Gemeinde Buttenwiesen, zwischen Buttenwiesen und Neuweiler~~

~~Landkreis Donau-Ries:~~

~~Nr. 6, Stadt Memheim, nördlich von Wittesheim~~

~~Nr. 7, Markt Kaisheim, zwischen Bergstetten und Sulzdorf~~

~~Nr. 8, Stadt Rain, Gemeinde Holzheim, nordwestlich von Wallerdorf~~

~~Lage und Abgrenzung der Gebiete bestimmen sich nach der Karte 2 b „Siedlung und Versorgung“, die Bestandteil des Regionalplanes ist. In diesen Vorranggebieten soll den Belangen der Windenergienutzung Vorrang eingeräumt werden. Andere überörtlich raumbedeutsame Nutzungen sind hier ausgeschlossen, soweit diese mit der Windenergienutzung nicht vereinbar sind.~~

~~2.4.2.2 (Z) Für die Errichtung überörtlich raumbedeutsamer Windenergieanlagen werden folgende Vorbehaltsgebiete für Windenergienutzung ausgewiesen:~~

~~Landkreis Dillingen a. d. Donau:~~

~~Nr. 101, Gemeinde Bachhagel, westlich von Bachhagel~~

~~Landkreis Aichach-Friedberg:~~

~~Nr. 102, Stadt Aichach, nördlich von Hiesling~~

~~Nr. 103, Stadt Aichach, östlich von Untergriesbach~~

~~Nr. 104, Stadt Friedberg, westlich von Bachern~~

~~Lage und Abgrenzung der Gebiete bestimmen sich nach der Karte 2 b „Siedlung und Versorgung“, die Bestandteil des Regionalplanes ist. In diesen Vorbehaltsgebieten soll der Nutzung der Windenergie bei der Ab-~~

~~wägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen ein besonderes Gewicht beigemessen werden.~~

~~2.4.2.3 (Z) Überörtlich raumbedeutsame Windenergieanlagen in der Region sollen in der Regel in den Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Windenergienutzung errichtet werden. Ausgenommen von dieser Regel ist die Errichtung von Windkraftanlagen in Gebieten, die von den Gemeinden als Konzentrationsflächen für Windenergienutzung im Rahmen der Bauleitplanung ausgewiesen werden.~~

~~2.4.2.4 (Z) In Ausschlussgebieten sollen keine überörtlich raumbedeutsamen Windenergieanlagen errichtet werden. Lage und Abgrenzung der Ausschlussgebiete bestimmen sich nach Karte 2 b „Siedlung und Versorgung“, die Bestandteil des Regionalplanes ist.~~

~~2.4.2.5 (Z) In Siedlungsgebieten und deren Umgebung sollen keine Windkraftanlagen errichtet werden. Diese Gebiete sind unabhängig von der kartographischen Darstellung in der Karte 2 b „Siedlung und Versorgung“ den Ausschlussgebieten gleichgestellt.~~

2.4.2 Nutzung der Windenergie

2.4.2.1 (Z) Für die Errichtung überörtlich raumbedeutsamer Windkraftanlagen werden folgende Vorranggebiete für Windenergienutzung (VRW) festgelegt:

Landkreis Donau-Ries

VRW Nr. 1 Monheim, nördlich von Wittesheim

VRW Nr. 2 Kaisheim, zwischen Sulzdorf und Bergstetten

VRW Nr. 3 Harburg/Donauwörth, westlich von Wörnitzstein

VRW Nr. 4 Münster, südöstlich von Hemerten

Landkreis Aichach-Friedberg

VRW Nr. 5 Aichach, südwestlich von Blumenthal

Landkreis Augsburg

VRW Nr. 6 Zusmarshausen, westlich von Zusmarshausen

Lage und Abgrenzung der Gebiete bestimmen sich nach Karte 2b „Siedlung und Versorgung“, die Bestandteil des Regionalplans ist.

In den Vorranggebieten für Windenergienutzung kommt der Windenergienutzung Vorrang gegenüber anderen raumbedeutsamen Nutzungsansprüchen zu. Andere raumbedeutsame Nutzungen sind hier ausgeschlossen, soweit diese mit der Windenergienutzung nicht vereinbar sind.

2.4.2.2 (G) Zur Errichtung überörtlich raumbedeutsamer Windkraftanlagen werden folgende Vorbehaltsgebiete für Windenergienutzung (VBW) festgelegt:

Landkreis Dillingen a.d. Donau

VBW Nr. 101 Syrgenstein, nordwestlich von Staufen
VBW Nr. 102 Bachhagel, westlich von Bachhagel
VBW Nr. 103 Medlingen, nordwestlich von Medlingen
VBW Nr. 104 Buttenwiesen, zwischen Buttenwiesen und Neuweiler

Landkreis Donau-Ries

VBW Nr. 105 Amerdingen, südlich von Amerdingen
VBW Nr. 106 Daiting/Marxheim, südwestlich von Gansheim

Landkreis Aichach-Friedberg

VBW Nr. 107 Aichach, nördlich von Hiesling
VBW Nr. 108 Aichach, östlich von Untergriesbach

Lage und Abgrenzung der Gebiete bestimmen sich nach Karte 2b „Siedlung und Versorgung“, die Bestandteil des Regionalplans ist. In den Vorbehaltsgebieten für Windenergienutzung ist der Windenergienutzung bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungsansprüchen besonderes Gewicht beizumessen.

2.4.2.3 (G) *Windkraftanlagen sollen möglichst in Windparks errichtet, Einzelanlagenstandorte sollen vermieden werden.*

2.4.2.4 (Z) *Innerhalb des Ausschlussgebietes für Windenergienutzung ist die Errichtung überörtlich raumbedeutsamer Windkraftanlagen ausgeschlossen.*

Lage und Abgrenzung des Ausschlussgebietes bestimmt sich nach Karte 2b „Siedlung und Versorgung“, die Bestandteil des Regionalplans ist.

Region Augsburg (9)

Regionalplan der Region Augsburg (9)

Erste Änderung

Teilfachkapitel B IV 2.4.2 „Nutzung der Windenergie“

Begründung der Festlegungen

Bearbeitung:

Regionsbeauftragte für die Region Augsburg (9) bei der Regierung von Schwaben
Fronhof 10
86152 Augsburg

Begründung

Zu 2.4.2 Nutzung der Windenergie

Zu 2.4.2.1 u. zu 2.4.2.2 Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Windenergienutzung

Der Windenergie wird ein hohes Potential bei der Gewinnung erneuerbarer Energien zugeschrieben. Sie findet aufgrund der erwarteten klimatischen Entlastungseffekte einerseits breite Zustimmung, da Wind eine grundsätzlich nahezu unerschöpfliche Energiequelle darstellt und Windkraftanlagen im Betrieb weder Luftschadstoffe, Abfälle oder Abwärme verursachen noch atomare Risiken mit sich bringen. Nicht zuletzt deshalb wird der flächendeckende Zubau von Windkraftanlagen als wichtige Maßnahme zum Klimaschutz angesehen, um einen maßgeblichen Beitrag zu einer zukünftigen, nachhaltigen Energieversorgung zu leisten.

Andererseits stößt die Errichtung von Windkraftanlagen, die mit Gesamthöhen von bis zu über 200 Metern als störende Fremdkörper empfunden werden, oft auf entschiedene Ablehnung. Von Windkraftanlagen geht alleine schon aufgrund ihrer baulichen Größe und ihres optischen Erscheinungsbildes, insbesondere der Drehbewegung des Rotors, ein nicht von der Hand zu weisender großräumiger Einfluss auf das Landschaftsbild aus. Außerdem bergen auch die vom Betrieb einer Windkraftanlage ausgehenden Emissionen (z.B. Schattenwurf, Lärm, Nachtbefeuerung, etc.) ein nicht unerhebliches Konfliktpotential. Daher stehen Windkraftanlagen in besonderer Konkurrenz zu anderen Raumnutzungen (insbesondere zum Natur- und Landschaftsschutz, zur Erholungsnutzung, zum Tourismus sowie zur Landwirtschaft). Dies rechtfertigt eine umfassende räumliche Planung zur Vermeidung von Konfliktsituationen, die aufgrund der baurechtlichen Privilegierung von Windkraftanlagen noch verstärkt werden. Um einer unkontrollierbaren Beanspruchung des Außenbereichs entgegenzuwirken, ermöglichen rechtliche Vorschriften im Baugesetzbuch (BauGB) und im Bayerischen Landesplanungsgesetz (BayLplG) eine regionalplanerische Steuerung derartiger Vorhaben, die aufgrund ihrer heute üblichen Gesamthöhe im Regelfall das Kriterium der überörtlichen Raumbedeutung erfüllen.

Hinzu kommt die seit 1. August 2014 geltende „Länderöffnungsklausel“, die im BauGB die Befugnis gibt, die Privilegierung von Windkraftanlagen davon abhängig zu machen, dass sie einen höhenbezogenen Abstand zur Wohnbebauung einhalten. In Bayern wurde diese länderspezifische Regelung durch eine entsprechende Änderung der Bayerischen Bauordnung (BayBO) vom 21. November 2014 („10 H-Regelung“) umgesetzt. Demnach sind Windkraftanlagen nur noch privilegiert, wenn sie einen anlagenbezogenen, d.h. relativen, Mindestabstand vom 10-fachen ihrer Höhe zu geschützten Wohngebäuden (Gebiete mit Bebauungsplänen, innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile - sofern in diesen Gebieten Wohngebäude nicht nur ausnahmsweise zulässig sind - und im Geltungsbereich von Satzungen nach § 35 Abs. 6 BauGB) einhalten.

Der Steuerung der Windenergienutzung auf Ebene des Regionalplans liegt ein schlüssiges gesamträumliches Konzept zur Nutzung der Windenergie zugrunde, das auf methodisch nachvollziehbaren Abwägungsentscheidungen beruht und nach regionsweit einheitlichen und nachvollziehbaren Kriterien entwickelt worden ist.

Auf dieser Grundlage sind im Regionalplan Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Errichtung von Windkraftanlagen festgelegt.

Als Vorranggebiete werden Flächen ausgewiesen, in denen dem Bau von Windkraftanlagen Vorrang gegenüber anderen raumbedeutsamen Nutzungen zukommt.

Als Vorbehaltsgebiete werden Flächen ausgewiesen, in denen unter Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen dem Bau von Windkraftanlagen besonderes Gewicht beigemessen werden soll.

Die verbleibenden Flächen stellen gemäß der vorherrschenden Rechtsprechung sogenannte „weiße Flächen“ dar, auf denen der Windenergienutzung die Ausschlusswirkung des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB nicht entgegensteht. Über diese Bereiche machen die Festlegungen des Regionalplans in dessen Teilfachkapitel B IV 2.4.2 keine Aussagen hinsichtlich einer möglichen Windenergienutzung. Demnach gilt in diesen nicht überplanten Bereichen bei der Beurteilung der Zulässigkeit von Windkraftanlagen - vorbehaltlich etwaiger Einschränkungen durch die „10H-Regelung“ zum Neubau von Windkraftanlagen - die baurechtliche Privilegierung. Eine Steuerung der Windenergienutzung kann dann gegebenenfalls über die kommunale Bauleitplanung erreicht werden.

Der Regionalplan weist nur Gebiete mit einer Mindestgröße von 10 ha als Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiet für Windenergienutzung aus. Dies ist auch dem Umstand der kartografischen Darstellungsmöglichkeit des Regionalplans geschuldet, dem der Kartenmaßstab 1:100.000 zugrunde liegt.

Um Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Windenergienutzung festzulegen, wurden bei der Identifikation geeigneter Flächen Gebiete ab einer bestimmten mittleren Windgeschwindigkeit untersucht. Soweit in diesem Konzept Vorrang- und Vorbehaltsgebiete aus dem vorangehenden regionalplanerischen Windkraftkonzept übernommen wurden, lag diesen Gebieten eine mittlere Windgeschwindigkeit von mindestens 3,0 m/sec in 50 Metern Höhe zugrunde. Bei der Identifikation der zusätzlich festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete wurden Flächen ab einer mittleren Windgeschwindigkeit von mindestens 4,5 m/sec in 140 Metern Höhe untersucht, in Anlehnung an den damaligen Windenergie-Erlass der fachlich betroffenen bayerischen Staatsministerien vom 20. Dezember 2011.

Neben der Windhöflichkeit nach dem Bayerischen Windatlas vom März 2014 kamen bei der Suche nach geeigneten Flächen in der Region Augsburg harte Tabukriterien (hK) und weiche Tabukriterien (wK) zur Anwendung. Harte Tabukriterien liegen vor, wenn die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen ausgeschlossen sind. Harte Tabukriterien sind entweder durch Rechtsnormen vorgegeben oder aus anderen Gründen für den Regionalen Planungsverband nicht beeinflussbar. Die Anwendung der harten Tabukriterien führte zum Ausschluss des betroffenen Gebietes für die Darstellung von Vorranggebieten für Windenergienutzung. In einem nächsten Schritt wurden weitere raumordnerische Belange eingebracht, die im Zuge einer Abwägungsentscheidung anderen Nutzungen einen Vorrang gegenüber der Windenergienutzung einräumen sollen (weiche Tabukriterien). Als Ergebnis dieser Abwägungsentscheidungen ergaben sich weitere Bereiche, in denen die Darstellung von Vorranggebieten für Windenergienutzung nicht erfolgen soll. Die Beurteilung der Abgrenzung der weichen Tabuzonen erfolgte in enger Abstimmung mit den für den jeweiligen Belang zuständigen Fachstellen. Aufgenommen sind ausschließlich Kriterien, die

dem regionalplanerischen Maßstab entsprechen und deshalb in der Regionalplanung berücksichtigt werden können.

Die in der nachfolgenden Tabelle genannten Angaben beziehen sich auf die zusätzlich in den Regionalplan-Entwurf aufgenommenen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete.

Kriterium	Typ	Abstand bzw. Ausparung
Siedlungsstrukturelle Kriterien		
Siedlungsbestand und rechtskräftige Bebauungspläne mit Festsetzungen zu Wohn-, Misch- und Gewerbegebieten gemäß §§ 3 bis 11 BauNVO	hK	flächenhaft
Abstand zu Wohnbauflächen bzw. Wohngebieten	wK	2000 m (bzw. 800 m)
Abstand zu gemischten Bauflächen bzw. Dorf-, Misch-, Kerngebieten	wK	2000 m (bzw. 800 m)
Abstand zu Außenbereichs- und Einbeziehungs-satzungen	wK	2000 m (bzw. 800 m)
Abstand zu gewerblichen Bauflächen bzw. Gewerbe- und Industriegebieten	wK	1000 m (bzw. 500 m)
Abstand zu Sonderbauflächen bzw. Sondergebieten, Gemeinbedarfsflächen	wK	flächenhaft
Abstand zu Weilern und Einzelgehöften	wK	600 m (bzw. 500 m)
Natur- und landschaftsschutzfachliche Kriterien		
Naturschutzgebiete	hK	flächenhaft
Flächenhafte Naturdenkmäler	hK	flächenhaft
Geschützte Landschaftsbestandteile	hK	flächenhaft
Landschaftsschutzgebiete	wK	flächenhaft
Gesetzlich geschützte Biotop	hK	flächenhaft
Natura 2000-Gebiete, sofern Erhaltungsziele erheblich beeinträchtigt werden	hK	flächenhaft
Natura 2000-Gebiete, sofern Erhaltungsziele nicht erheblich beeinträchtigt werden	wK	Einzelfallabwägung
Gebiete mit besonderer Bedeutung für den Vogelschutz	wK	flächenhaft
Naturwaldreservate	hK	flächenhaft
Landschaftliche Vorbehaltsgebiete	wK	Einzelfallabwägung
Regionale Grünzüge	wK	Einzelfallabwägung
Umgebungsschutz für landschaftsbildprägende Bau- und Bodendenkmäler sowie Ensembles	wK	Einzelfallabwägung
Kriterien des Wasserschutzes		
Wasserschutzgebiete (Zonen I und II)	hK	flächenhaft
Wasserschutzgebiete (Zone III)	wK	flächenhaft
Vorranggebiete für die Wasserversorgung	wK	flächenhaft
Vorbehaltsgebiete für die Wasserversorgung	wK	flächenhaft
Oberirdische Gewässer	wK	flächenhaft
Festgesetzte, vorläufig gesicherte und faktische Überschwemmungsgebiete	wK	flächenhaft
Vorranggebiete Hochwasserschutz	wK	flächenhaft
Infrastrukturelle Kriterien		
Vorranggebiete für Bodenschätze	hK	flächenhaft
Vorbehaltsgebiete für Bodenschätze	wK	flächenhaft
Genehmigte Gebiete für den obertägigen Abbau von Bodenschätzen	hK	flächenhaft
Bundesautobahnen inkl. Bauverbots- und Be-	hK	100 m

schränkungszone		
Abstand zu Bundesautobahnen (zusätzlich zur Bauverbots- und Beschränkungszone)	wK	100 m beidseitig
Abstand zu Bundes- und Staatsstraßen	wK	200 m beidseitig
Abstand zu Kreisstraßen	wK	200 m beidseitig
Abstand zu Bahntrassen	wK	200 m beidseitig
Abstand zu Hoch- und Höchstspannungsleitungen	wK	200 m beidseitig
Abstand zu seismologischen Messstationen	hK	2000 m
Flugsicherungsanlagen inkl. der Schutzbereiche, sofern innerhalb des Schutzbereichs der maximal zulässige Störbeitrag für alle Radien erreicht ist	hK	flächenhaft (Schutzbereichsradius 10 bzw. 15 km)
Genehmigte Betriebsflächen inkl. Bauschutzbereich von Flugplätzen gemäß § 6 LuftVG	hK	flächenhaft
Militärische Bereiche, die einem vollkommenen Betretungsverbot unterliegen	hK	flächenhaft
Abstand zu militärischen Richtfunkstrecken	hK	100 m beidseitig
Abstand zu militärischen Richtfunkantennen	hK	1400 m
Militärische Bauschutzbereiche	hK	flächenhaft
Abstand zum militärischen Fernmeldebetrieb	hK	1400 m
Abstand zu militärischen Produktenfernleitungen	hK	200 m beidseitig

Für die aus dem vorangehenden Windkraftkonzept übernommenen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete gelten die in Klammern angegebenen Siedlungsabstände (800 bzw. 500 m); ferner gelten insoweit die damaligen Kriterien bei der Auswahl von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Windenergienutzung weiter:

- Durchschnittliche jährliche Windgeschwindigkeiten in 50 m Höhe über Grund, nach dem Bayerischen Solar- und Windatlas (Hrsg.: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr und Technologie; Stand März 2001) von 3,0 bis 4,7 m/sec.
- Lage außerhalb von Gebieten mit folgenden konkurrierenden Flächennutzungen:
 - Siedlungsräume mit Abstandsflächen zum Schutz vor Lärm und Schattenwurf; bei Wohnbauten im Außenbereich (Einzelhäuser, Einzelhöfe, Weiler) und bei Gewerbegebieten: 500 m; bei bestehenden oder geplanten Wohn-, Misch-, und Dorfgebieten: 800 m
 - Stromfreileitungen > 30 kV mit Abstandsflächen: 200 m
 - Stromfreileitungen < 30 kV mit Abstandsflächen: 50 m
 - Wasserschutzgebiete (Zone I und II), festgesetzte Überschwemmungsgebiete
 - Landeplätze mit Bauschutzbereichen und weiteren Schutzbereichen
 - Militärische Anlagen mit Schutzbereichen
 - Rohstoff-Vorrang- und Rohstoff-Vorbehaltsgebiete
 - Trenngrün
- Lage außerhalb der naturschutzfachlichen Ausschlussgebiete

Bei der Bestimmung der neu aufgenommenen Vorranggebiete wurden für die Ermittlung der Abstände zu Siedlungsgebieten Geobasisdaten aus den Raumordnungskatastern der Regierung von Schwaben (Stand: 24.01.2017) und der Regierungen von Oberbayern (Stand: 25.01.2017) und Mittelfranken (Stand: 26.01.2017) sowie Geobasisdaten aus dem Geportal-Raumordnung Baden-Württemberg (Stand: 25.01.2017) zu Grunde gelegt.

Bestehende Siedlungsflächen sind aus tatsächlichen Gründen, rechtskräftige Bebauungspläne mit Festsetzungen zu Wohn-, Misch-, Gewerbe- und Sondergebieten (außer Sondergebiete für die Windenergienutzung) sind aus rechtlichen Gründen für die Festlegung von Vorranggebieten für Windenergienutzung ausgeschlossen.

Aus immissionsschutzfachlicher Sicht werden bei nicht vorbelasteten Gebieten Mindestabstände eines Windparks von 800 Metern zu einem allgemeinen Wohngebiet, von 500 Metern zu einem Misch- oder Dorfgebiet oder Außenbereichsanwesen und von 300 Metern zu einer Wohnnutzung im Gewerbegebiet schalltechnisch als unproblematisch erachtet. Diese Abstände ergeben sich in Standardfällen bei nicht durch Anlagenlärm vorbelasteten Gebieten. Rechtlich verbindliche Mindestabstände kennt das Immissionsschutzrecht nicht.

Da die derzeit gängigen Windkraftanlagen in der Regel eine Gesamthöhe von rund 200 m aufweisen, wurden entsprechend der „10 H-Regelung“ Siedlungsabstände von 2000 m zur allgemeinen Wohnbebauung (Wohnbauflächen bzw. Wohngebiete, gemischte Bauflächen bzw. Dorf-, Misch- und Kerngebiete, Außenbereichs- und Einbeziehungssatzungen) herangezogen. Diese erhöhten Siedlungsabstände sollen zu einer Konfliktvermeidung und höheren Akzeptanz der Windenergienutzung beitragen.

Im Rahmen einer planerischen Vorsorge wurden die gesetzlichen Mindestabstände für Gewerbegebiete erweitert. Auch war dem Umstand Rechnung zu tragen, dass Weiler und Einzelgehöfte in der Region Augsburg in der Regel durch eine stärkere Wohnnutzung gekennzeichnet sind und damit dem Schutz der Wohnbevölkerung dort eine hohe Bedeutung zukommt.

In Naturschutzgebieten, flächenhaften Naturdenkmälern, geschützten Landschaftsbestandteilen, gesetzlich geschützten Biotopen sowie FFH- und SPA-Gebieten, deren Erhaltungsziele erheblich beeinträchtigt werden, ist die Windenergienutzung nicht mit den jeweiligen gesetzlichen Schutzziele des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) und des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) vereinbar. Eine Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Windenergienutzung ist dort demnach ausgeschlossen.

In Gebieten, die besondere Bedeutung für den Vogelschutz haben, ist aufgrund des regelmäßigen Aufenthalts geschützter Arten das Tötungsrisiko signifikant erhöht. Dem regionalplanerischen Konzept zur Steuerung der Windenergie liegt eine regionsweit einheitliche und nach bayernweit abgestimmten fachlichen Vorgaben erstellte Bewertung des Artenschutzes zugrunde. Demnach wurden Gebiete mit herausragender Bedeutung für den Artenschutz, in denen aufgrund der vorhandenen Datenlage die Erfüllung artenschutzrechtlicher Zugriffsverbote des § 44 BNatSchG sehr wahrscheinlich ist, nicht für die Festlegung von Vorranggebieten für Windenergienutzung herangezogen. Dies dient letztlich dazu, Konflikte durch den Bau und Betrieb von Windkraftanlagen vorsorgend auszuschließen.

Landschaftsschutzgebiete werden laut Windenergie-Erlass als sensibel zu behandelnde Gebiete eingestuft. Diese Gebiete besitzen demnach in der Regel eine große Bedeutung für Natur und Landschaft. In Landschaftsschutzgebieten (einschließlich der ehemaligen Schutzzonen der Naturparke) steht in der Regel die jeweilige Schutzgebietsverordnung einer Windenergienutzung entgegen. Die Festlegung von Vorranggebieten innerhalb von Landschaftsschutzgebieten ist daher nur umsetzbar, sofern die jeweilige Schutzgebietsverordnung die Errichtung von Windkraftanlagen vorsieht. In der Region Augsburg trifft dies auf den Naturpark Altmühltal zu, für den ein durch Verord-

nung festgelegtes Zonierungskonzept zur Standortfindung für Windkraftanlagen vorliegt.

Naturwaldreservate dienen der Erhaltung und Erforschung natürlicher Waldgesellschaften sowie der Sicherung der biologischen Vielfalt. Die Errichtung von Windkraftanlagen in Naturwaldreservaten ist ausgeschlossen, da dort gemäß dem Waldgesetz für Bayern (BayWaldG) Rodungen zu versagen sind.

In landschaftlichen Vorbehaltsgebieten müssen die Belange von Natur und Landschaft mit besonderem Gewicht berücksichtigt werden. Eine Überlagerung von landschaftlichen Vorbehaltsgebieten mit Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Windenergienutzung ist möglich, wenn im Rahmen der Abwägung der Belang der Windenergienutzung so gewichtig ist, dass er das besondere Gewicht des landschaftlichen Vorbehaltsgebiets überwiegt und das landschaftliche Vorbehaltsgebiet seine Funktion nicht völlig verliert. Diesem Umstand wurde vom regionalen Planungsverband durch eine Würdigung im Einzelfall Rechnung getragen.

In regionalen Grünzügen ist die Windenergienutzung grundsätzlich möglich. Voraussetzung hierfür ist, dass durch eine mögliche Windenergienutzung die jeweiligen Funktionen nicht nachhaltig beeinträchtigt werden. Diesem Umstand wurde im Einzelfall eines möglichen Vorranggebietes Rechnung getragen.

Von Denkmälern kann je nach Lage und Größe eine landschaftswirksame Bedeutung ausgehen. Der Wirkungsraum des jeweiligen Denkmals hängt von diesem und auch von der Höhe der geplanten Windkraftanlagen in dessen optischen Einflussbereich ab. Von daher ist der Umfang des Umgebungsschutzes sowohl vom Schutzgegenstand als auch von der geplanten potenziellen Beeinträchtigung abhängig. Somit kann eine pauschale Abstandsregelung nicht definiert werden. Eine denkmalfachliche Beurteilung erfolgte für einzelne betroffene Denkmäler im Zuge einer einzelfallbezogenen Prüfung.

Die Errichtung von Windkraftanlagen ist in den Zonen I und II von Wasserschutzgebieten, inkl. der Schutzzonen gegen quantitative Beeinträchtigungen, nicht mit den Belangen des Trinkwasserschutzes vereinbar (vgl. Wasserhaushaltsgesetz und Merkblatt Nr. 1.2/8 des Bayerischen Landesamtes für Umwelt).

In der Zone III von Wasserschutzgebieten ist hingegen in Einzelfallprüfungen die Errichtung von Windkraftanlagen grundsätzlich möglich. Auf regionalplanerischer Ebene ist die Windenergienutzung in dieser Zone im Abwägungsprozess unterlegen, da es nicht um die Standortsuche von Einzelwindkraftanlagen geht, sondern um die Darstellung von größeren Gebieten für eine Agglomeration von Anlagen. Dieser Bereich von Wasserschutzgebieten wurde daher bei der Ermittlung von Flächen für Vorranggebiete für raumbedeutsame Windkraftanlagen nicht berücksichtigt.

Vorranggebiete für die öffentliche Wasserversorgung gemäß Regionalplan der Region Augsburg (9) dienen der Sicherung der Trinkwasserversorgung. Bauwerke wie Windkraftanlagen können aufgrund ihrer Fundamente Konflikte mit der Sicherung der Trinkwasserversorgung hervorrufen. Eine Überlagerung solcher Flächen mit Vorranggebieten für Windenergienutzung wäre nur möglich, wenn auf Ebene der Regionalplanung abschließend festgestellt werden kann, dass beide vorrangige Nutzungen miteinander vereinbar sind. Um Konflikte zu vermeiden, wird von einer Überlagerung von Vorranggebieten für die

öffentliche Wasserversorgung durch ein Vorranggebiet für Windenergienutzung abgesehen. Die Überlagerung von Vorranggebieten für die öffentliche Wasserversorgung mit einem Vorbehaltsgebiet für Windenergienutzung ist möglich.

In Vorbehaltsgebieten für die öffentliche Wasserversorgung ist bestimmten raumbedeutsamen Nutzungen bei der Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen. Im Rahmen der durchzuführenden Abwägungsentscheidung unterlag der Belang der Windenergienutzung dem Belang der öffentlichen Wasserversorgung in Analogie zu den Ausführungen der Vorranggebiete für die öffentliche Wasserversorgung.

In Fließ- und Standgewässern sind die Errichtung und der Betrieb von Windkraftanlagen in den meisten Fällen tatsächlich nicht möglich. Zudem haben Flüsse und Seen in der Region eine ausgeprägte Erholungs- und Tourismusfunktion. Daher wurden diese Bereiche für Vorranggebiete für Windenergienutzung ausgeschlossen, um Beeinträchtigungen zu vermeiden.

Windkraftanlagen können den Hochwasserrückhalt in festgesetzten und tatsächlichen Überschwemmungsgebieten beeinträchtigen. Um Konflikte von vornherein zu vermeiden, wurden diese Bereiche bei der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergienutzung ausgeschlossen.

Vorranggebiete Hochwasserschutz dienen der Sicherung des Hochwasserabflusses und der Retention. Bauwerke wie Windkraftanlagen können Konflikte mit dem vorsorgenden Hochwasserschutz hervorrufen. Um von vornherein Konflikte zu vermeiden, wurden diese Bereiche bei der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergienutzung ebenfalls ausgeschlossen.

In Vorranggebieten für den Abbau von Bodenschätzen wird der Rohstoffgewinnung Vorrang vor anderen Nutzungen eingeräumt. Hier hat bereits eine Letztabwägung zugunsten des Bodenschatzabbaus stattgefunden, der nicht mit der Windenergienutzung vereinbar ist. Daher scheiden diese Gebiete als potenzielle Standorte für raumbedeutsame Windkraftanlagen aus. Darüber hinaus wurden zusätzliche Abstandspuffer (300 m) zu Steinbrüchen, wegen der Gefahr durch Sprengungen, eingehalten.

In Vorbehaltsgebieten für den Abbau von Bodenschätzen ist gemäß Regionalplan der Region Augsburg (9) der Gewinnung von oberflächennahen Bodenschätzen bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen besonderes Gewicht beizumessen. Im Rahmen der durchzuführenden Abwägungsentscheidung unterlag der Belang der Windenergienutzung, so dass Vorbehaltsgebiete für den Abbau von Bodenschätzen bei der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergienutzung ausgeschlossen wurden.

Die Errichtung von Windkraftanlagen ist in den Gebieten ausgeschlossen, in denen ein obertägiger Bodenschatzabbau genehmigt ist.

Innerhalb der Anbauverbots- und der Anbaubeschränkungszone (100 m bei Bundesautobahnen, 40 m bei Bundes- und Staatsstraßen, 30 m bei Kreisstraßen) sind keine Windkraftanlagen zulässig. Um eine ausreichende Sicherheit (Kippschutz) für Verkehrsflächen und andere Bandinfrastruktureinrichtungen wie Stromfreileitungen sicherzustellen, wurden Abstände von 200 m (beidseitig) eingehalten. Im Einzelfall können jedoch auch größere Abstände und/oder technische Vorkehrungen gegen Eiswurf erforderlich sein.

Windkraftanlagen können Störungen im Betrieb von seismologischen Messstationen hervorrufen. Um Störungen der Anlage Bissingen (Lkr. Dillingen a.d. Donau) zu vermeiden, ist ein Schutzradius von 2 km eingerichtet worden, innerhalb dessen eine Errichtung und ein Betrieb von Windkraftanlagen nicht zulässig ist.

Der Betrieb von Flugsicherungsanlagen darf gemäß Luftverkehrsgesetz (LuftVG) nicht gestört werden. Sofern durch die zuständige Behörde festgestellt wurde, dass der maximal zulässige Störbeitrag im gesamten Schutzbereich einer Flugsicherungsanlage erreicht ist, können in diesem keine Windkraftanlagen errichtet werden. In der Region trifft dies auf zwei Anlagen zu.

Innerhalb der Bauschutzbereiche von Verkehrslandeplätzen ist eine Windenergienutzung nicht möglich. Außerhalb von Bauschutzbereichen sind ggf. noch weitere Höhenbeschränkungen einzuhalten. Bei allen Verkehrs- bzw. Sonderlandeplätzen ohne Bauschutzbereich wurde ein Puffer von 4000 m gezogen. Innerhalb dieses Schutzbereichs ist eine Windenergienutzung zwar nicht grundsätzlich ausgeschlossen, es ist jedoch mit erhöhtem Konfliktpotenzial zu rechnen, das mit der Höhe der Windkraftanlagen sowie deren Anzahl zunimmt.

Um die Störung militärischer Richtfunkeinrichtungen zu vermeiden, wurden ein Mindestabstand von 100 m beiderseits von Richtfunktrassen sowie ein Schutzbereichsradius von 1400 m um Richtfunkantennen eingehalten.

Der gesamte südöstliche Teil des Landkreises Augsburg liegt innerhalb des Bauschutzbereichs bzw. innerhalb des Interessenbereichs militärischer Fluginrichtungen (militärischer Flugplatz Lechfeld). Dort ist die Errichtung von Windkraftanlagen grundsätzlich möglich. Es können sich jedoch starke Restriktionen (z.B. Höhenbegrenzungen) bzgl. der Errichtung und des Betriebs von Windkraftanlagen ergeben. Dies kann allerdings erst auf Ebene eines konkreten Genehmigungsantrages bei Kenntnis der genauen Standorte geplanter Windkraftanlagen abschließend geklärt werden.

Die Fernmeldestelle Süd der Bundeswehr darf durch Windkraftanlagen nicht gestört werden. Daher wurde hier ein Schutzbereichsradius von 1400 m eingehalten. Zusätzlich dazu kommt ein Schutzbereich von 10 km hinzu, in dem eine Einzelfallabwägung durch die zuständigen Fachstellen erforderlich ist.

Durch das Gebiet der Region Augsburg verläuft eine Kraftstofffernleitung. Um die Sicherheit der Leitung zu gewährleisten, wurde ein Mindestabstand von 200 m (Kippschutz) eingehalten.

Die Ausweisung von Vorranggebieten ist das Ergebnis eines landesplanerischen Abwägungsprozesses mit anderen konkurrierenden Belangen und dokumentiert die Eignung dieser Flächen für Windenergienutzung. Nutzungsansprüche, die einer Windenergienutzung nicht entgegenstehen, werden dadurch nicht ausgeschlossen.

Zu 2.4.2.3 Errichtung von Windkraftanlagen in Vorrang- und Vorbehaltsgebieten

Der Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Windenergienutzung sind Kriterien zu Grunde gelegt, die eine bestmögliche räumliche Ordnung ermöglichen. Dadurch werden einerseits geeignete Flächen für Windkraftanlagen vorgehalten und andererseits diese Anlagen möglichst weitge-

hend konzentriert. Die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten erleichtert es somit, andere Bereiche von der Erstellung von Windkraftanlagen freizuhalten. Dadurch kann eine „Zersiedelung“ der Landschaft verhindert und damit einhergehend auch die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes, das durch die Erstellung von Windkraftanlagen immer tangiert sein wird, minimiert werden.

Gesetzlich vorgeschriebene Genehmigungsverfahren werden durch die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten nicht ersetzt.

Ziel des Regionalplans ist es, eine dezentrale Konzentration von Windkraftanlagen zu erreichen, so dass Windkraftanlagen möglichst in Form von Windfarmen beziehungsweise Windparkanordnungen errichtet werden sollen. In Anlehnung an die Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird dann von einer Windfarm beziehungsweise einem Windpark gesprochen, wenn mindestens drei Windkraftanlagen räumlich so zugeordnet sind, dass sich ihre Einwirkungsbereiche überschneiden oder wenigstens berühren.

Die Steuerungswirkung des Regionalplans erfasst hierbei nur die Windkraftanlagen, die eine Raumbedeutsamkeit entfalten. Während die Raumbedeutsamkeit einer einzelnen Windkraftanlage in der Regel nur nach Maßgabe der Umstände des Einzelfalls bestimmbar ist (z.B. Höhe, Dimension, Auswirkungen auf Umgebung, Vorbelastung durch Altanlagen), kann bei einer Agglomeration von Windkraftanlagen in einer Windparkanordnung grundsätzlich von einer Raumbedeutsamkeit dieses Windparkvorhabens ausgegangen werden.

Durch die Bündelung von Windkraftanlagen in Windparks und die Vermeidung von Einzelanlagenstandorten soll eine „Verspargelung“ der Landschaft vermieden werden.

Zu 2.4.2.4 Ausschlussgebiet „Nördlinger Ries“

Dem positiven Beitrag der Windenergienutzung hinsichtlich der Ressourcenschonung und dem Klimaschutz stehen nicht zu vernachlässigende nachteilige Veränderungen des Landschaftsbildes gegenüber. So können Windkraftanlagen durch die Drehbewegung des Rotors die Blicke auf sich ziehen und der Zubau von Windkraftanlagen das Landschaftsbild industrialisieren. Daher wurde der Bereich des „Nördlinger Ries“ aus folgenden Überlegungen heraus als Ausschlussgebiet für Windenergienutzung festgelegt:

Das Ries nimmt unter allen Landschaftsräumen in der Region eine Sonderstellung ein. Insbesondere aus geologischer, planetologischer, kultureller und landschaftlicher Sicht besitzt das Ries mit seiner Umgebung eine herausragende Bedeutung und repräsentiert eine Landschaftsform, die es in Mitteleuropa in dieser Form nirgendwo sonst gibt. Das Ries spielt in der internationalen Forschung über die Meteoriteneinschlagprozesse auf der Erde eine Schlüsselrolle, u. a. weil es einen der am besten erhaltenen Einschlagkrater der Erde darstellt. Daher soll diese Landschaft mitsamt ihren geologischen Aufschlüssen möglichst umfangreich unverändert bleiben.

Die Errichtung von Windkraftanlagen würde dieses charakteristische, erdgeschichtlich bedeutsame Landschaftsbild nachteilig verändern. Aufgrund dessen Bedeutung war es erforderlich, das „Nördlinger Ries“ sowie einige Bereiche des Riesrandes als Ausschlussgebiet darzustellen.

Grundlage hierfür bildeten eine Landschaftsbildbewertung und Sichtbarkeitsanalyse für das „Nördlinger Ries“ (Rieskrater und 5 km-Schutzbereich ins Hinterland) in Bezug auf Windkraftanlagen. In einem vom regionalen Planungsverband Augsburg in Auftrag gegebenen Gutachten zur Bewertung des Landschaftsbilds und der Sichtbeziehungen in diesem Bereich wurden zum einen die landschaftliche Eigenart des „Nördlinger Ries“ bewertet und landschaftsbildprägende Einzelelemente ermittelt, zum anderen die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf Sichtbeziehungen im Ries analysiert. Hierbei ergab sich ein Bewertungsmaßstab, der es ermöglichte, besonders werthaltige von einer Windenergienutzung freizuhalten Landschaftsausschnitte hervorzuheben, und gleichzeitig die Bereiche zu kennzeichnen, die für eine Windenergienutzung geöffnet werden können.

Insgesamt ergab die Sichtbarkeitsanalyse, dass bei Windkraftanlagen unmittelbar am Rand des Rieskraters sehr hohe Auswirkungen auf das Landschaftsbild unvermeidlich wären. Die Windkraftanlagen wären deutlich und weithin zu sehen.

Im Norden der untersuchten 5 km-Zone wäre auch bei weiter entfernt stehenden Windkraftanlagen überwiegend von hohen Auswirkungen auf das Landschaftsbild im Ries auszugehen. Die Windkraftanlagen würden zwar aufgrund der Entfernung kleiner erscheinen, sie wären aber von großen Teilen des Rieses in nahezu voller Höhe zu sehen.

Im Osten der 5 km-Zone sind auf den ersten 2-3 km hohe bis sehr hohe Auswirkungen zu erwarten. Dahinter schließt sich eine Zone an, in der man von geringeren, aber immer noch deutlichen Auswirkungen ausgehen kann. Durch die Hügelkette, die den Rand des Rieses bildet, würde der Blick auf die Windkraftanlagen teilweise verdeckt. Die Windkraftanlagen wären deshalb häufig nur noch teilweise zu sehen.

Im Süden sind dagegen größere Bereiche zu finden, in denen Windkraftanlagen vom Ries aus nur noch von wenigen Stellen zu sehen wären. Hierbei handelt es sich allerdings im Wesentlichen um die Täler, so dass unklar ist, ob hier eine wirtschaftliche Windenergienutzung betrieben werden könnte.

Region Augsburg (9)

Regionalplan der Region Augsburg (9)

Erste Änderung

Teilfachkapitel B IV 2.4.2 „Nutzung der Windenergie“

Änderungsbegründung

Bearbeitung:

Regionsbeauftragte für die Region Augsburg (9) bei der Regierung von Schwaben
Fronhof 10
86152 Augsburg

Änderungsbegründung

Der Einsatz erneuerbarer Energien wird von der Bayerischen Staatsregierung als eine wichtige Maßnahme zum Klimaschutz und als wichtiger Beitrag zur zukünftigen Energieversorgung angesehen. In dem von der Bayerischen Staatsregierung am 24. Mai 2011 beschlossenen Konzept „Energie innovativ“ wird die Sicherung einer umweltverträglichen Energieversorgung als Schlüsselaufgabe des 21. Jahrhunderts beschrieben, und es werden Maßnahmen zum Umbau der Energieversorgung in Bayern benannt. Da bereits heute Wasserkraft, Solarenergie, Biomasse und Geothermie einen substantziellen Beitrag zur Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie leisten, soll in den kommenden Jahren vor allem die Windenergienutzung ausgebaut werden. Dafür soll in den Regionen ein zusätzliches Angebot an Positivflächen für Windkraftnutzung bereitgestellt werden.

Neben dieser Zielsetzung, den Ausbau erneuerbarer Energien voranzutreiben, hat es insbesondere technologische Entwicklungen gegeben, durch die sich die Rahmenbedingungen für die Nutzung der Windenergie deutlich verändert haben. Technische Innovationen beim Bau von Windkraftanlagen führten zu größerer Effizienz und höherer Leistungsfähigkeit. Zusammen mit der Veränderung der Größendimensionen von Windkraftanlagen ist es nun möglich, in größere Höhenlagen (Gesamthöhen von bis zu über 200 Metern) vorzudringen. Dadurch können Standorte für die Windenergienutzung attraktiv werden, die bisher keine ausreichende Windhöffigkeit zum effizienten Betrieb einer Windkraftanlage geboten haben.

Windkraftanlagen stellen gemäß § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB privilegierte Vorhaben im Außenbereich dar. Sie haben demnach eine starke Durchsetzungskraft gegenüber öffentlichen Belangen. Dabei werden Windkraftanlagen aufgrund ihrer Größe, der von ihnen ausgehenden Emissionen und wegen der Beeinträchtigungen des Naturraums nicht selten als störende Fremdkörper in der Landschaft empfunden. Um einer unkontrollierbaren Beanspruchung des Außenbereichs entgegenzuwirken, ermöglicht der sogenannte Planvorbehalt des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB in Verbindung mit Art. 1 Abs. 2 Nr. 1 BayLplG und Art. 21 Abs. 2 Nr. 3 BayLplG eine planerische Steuerung auf Ebene des Regionalplans.

Seit 1. August 2014 gilt die sogenannte „Länderöffnungsklausel“, die den Ländern in § 249 Abs. 3 BauGB die Befugnis gibt, die Privilegierung von Windkraftanlagen davon abhängig zu machen, dass sie einen höhenbezogenen Abstand zur Wohnbebauung einhalten. In Bayern wurde diese länderspezifische Regelung durch eine entsprechende Änderung der Bayerischen Bauordnung (BayBO) vom 21. November 2014 („10 H-Regelung“) umgesetzt. Gemäß Art. 82 BayBO sind Windkraftanlagen nur noch privilegiert, wenn sie einen anlagenbezogenen, d.h. relativen, Mindestabstand vom 10-fachen ihrer Höhe zu geschützten Wohngebäuden (Gebiete mit Bebauungsplänen, innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile - sofern in diesen Gebieten Wohngebäude nicht nur ausnahmsweise zulässig sind - und im Geltungsbereich von Satzungen nach § 35 Abs. 6 BauGB) einhalten.

Die 10 H-Regelung ist entsprechend in die planerischen Überlegungen des vorliegenden Konzeptes einbezogen worden. Da die derzeit gängigen Windkraftanlagen in der Regel eine Gesamthöhe von rund 200 m aufweisen, wurde bei der Ermittlung von Flächen für die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Windenergienutzung ein Abstand von 2000 m zur Wohnbebauung eingehalten.

Die Standortsteuerung von Windkraftanlagen leistet einen Beitrag zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raumes. Die regionalplanerische Steuerung erfasst nur die Windkraftanlagen, die überörtlich raumbedeutsam sind.

Der seit dem 20. November 2007 rechtswirksame Regionalplan für die Region Augsburg beinhaltet mit dem Teilfachkapitel B IV 2.4.2 bereits ein Steuerungskonzept für Windenergienutzung. Dieses wird nun gemäß Art. 14 Abs. 5 und Abs. 6 BayLplG fortgeschrieben. Der Beschluss über die Teilfortschreibung des Regionalplans (Teilfachkapitel B IV 2.4.2 „Nutzung der Windenergie“) wurde vom Planungsausschuss des Regionalen Planungsverbandes Augsburg in der Sitzung vom 13. Juli 2011 gefasst, u.a. angesichts der steigenden Anzahl von Anfragen einzelner Investoren. Aufgrund des aktualisierten Bayerischen Windatlasses vom März 2014 sowie der Novellierungen des BayLplG und des Landesentwicklungsprogramms Bayern (LEP) ist die Notwendigkeit der Regionalplanänderung zusätzlich unterstrichen worden. Außerdem ermöglicht die Regionalplan-Teilfortschreibung die Festlegung zusätzlicher Positivflächen, um der Windenergienutzung weiteren Raum zu verschaffen.

Das nach regionsweit einheitlichen Kriterien aufgestellte Änderungskonzept besteht aus folgenden Teilen:

- Festlegungen
 - Begründung
 - Umweltbericht
 - Karte 2b „Siedlung und Versorgung“ (Karte zu B IV 2.4.2 „Nutzung der Windenergie“)
- ergänzend:
- Erläuternde Arbeitskarte zu den Vorrang- und Vorbehaltsgebieten sowie zum Ausschlussgebiet „Nördlinger Ries“.

Hinweis zu den Festlegungen:

Die im rechtswirksamen Regionalplan zu ändernden Festlegungen sind durch Streichungen gekennzeichnet.